

Datenschutzerklärung für den Betrieb des LVU-Systems

I. Name und Anschrift des Verantwortlichen

Die Verantwortliche im Sinne der EU-Datenschutz-Grundverordnung und der jeweils einschlägigen nationalen Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen („Stelle, die über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung personenbezogener Daten entscheidet“)
ist die

FernUniversität in Hagen
Universitätsstraße 47
58097 Hagen

Körperschaft des Öffentlichen Rechts
vertreten durch
die Rektorin Prof. Dr. Ada Pellert
Tel.: 02331 987 - 2400
E-Mail: rektorin@fernuni-hagen.de

II. Name und Anschrift der/des Datenschutzbeauftragten

Erreichbarkeit des behördlich bestellten Datenschutzbeauftragten:

Postanschrift:
Datenschutzbeauftragter der FernUniversität in Hagen
58084 Hagen

Hausanschrift:
Universitätsstraße 27
58097 Hagen

Tel.: 02331 987 - 2511
E-Mail: Datenschutzbeauftragter@FernUni-Hagen.de

III. Allgemeines zur Datenverarbeitung

Datenverarbeitungsvorgänge umfassen das Erheben, Erfassen, Organisieren, Ordnen, Speichern, Anpassen, Verändern, Auslesen, Abfragen, Übermitteln und Löschen von personenbezogenen oder personenbeziehbaren Daten.

Personenbezogene oder personenbeziehbare Daten (nachfolgend kurz: personenbezogene Daten) sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen und Ausdruck ihrer Identität sind.

Die FernUniversität in Hagen als Körperschaft des Öffentlichen Rechts verarbeitet personenbezogene Daten *auf Grundlage der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)* sowie der einschlägigen nationalen Datenschutzgesetze und -bestimmungen der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Nordrhein-Westfalen, die ergänzend oder nachrangig zu den Vorschriften der Europäischen Union Anwendung finden. Dies ist nach seinem Inkrafttreten insbesondere das Datenschutzgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen in seiner an die DSGVO angepassten Fassung.

Der Zweck, Umfang und die Dauer unserer Datenverarbeitungsvorgänge richtet sich in den meisten Fällen nach dem gesetzlichen Auftrag der Hochschule gemäß § 3 Hochschulgesetz NRW und der damit in Verbindung stehenden Rechtsnormen.

Dieser Auftrag umfasst insbesondere die Pflege und Entwicklung der Wissenschaften durch Forschung, Lehre, Studium, wissenschaftlicher Nachwuchsförderung und Wissenstransfer unter Berücksichtigung der sozialen und demokratischen Verantwortung. Besonderes Einsatzgebiet der FernUniversität in Hagen ist die Förderung und Entwicklung des Fernstudiums.

Des Weiteren unterliegt die Hochschule bei der Erfüllung ihres Auftrags diversen gesetzlichen Verpflichtungen (z.B. des Finanzrechts), die eine Verarbeitung von personenbezogenen Daten erforderlich machen.

In Erfüllung ihrer Aufgaben ist die FernUniversität außerdem verpflichtet, alle erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen zu treffen, um die Sicherheit Ihrer personenbezogenen Daten zu gewährleisten. Auch diese Maßnahmen können die Verarbeitung von personenbezogenen Daten bedingen.

(Rechtmäßigkeitsgrundlage in der DSGVO: Art. 6 Abs. 1 lit. e)

Weitere Informationen zu den Datenverarbeitungsvorgängen finden Sie in den zentralen Ordnungen und Regularien der Hochschule (z.B. der Zulassungs- und Einschreibungsordnung) sowie in den Nutzungshinweisen zu den einzelnen Anwendungen.

Darüber hinaus kann eine Datenverarbeitung erfolgen, sofern Sie hierzu Ihre explizite, jederzeit widerrufbare Einwilligung gegeben haben.

(Rechtmäßigkeitsgrundlage in der DSGVO: Art. 6 Abs. 1 lit. a)

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet, sind Sie Betroffene/r i.S.d. DSGVO. Rechte, die Ihnen als Betroffene/r gegenüber der FernUniversität zustehen, finden Sie im letzten Abschnitt dieser Erklärung.

IV. Datenverarbeitungsvorgänge beim Aufruf dieser Website

1. Bereitstellung der Webanwendung

TLS/SSL-transportgesicherte Verbindung

Um Ihre übermittelten Daten bestmöglich zu schützen, nutzt die FernUniversität eine TLS- Transportverschlüsselung (früher als SSL bezeichnet). Das bedeutet, dass zwischen Browser und Webanwendung eine „abhörsichere Verbindung“ aufgebaut wird, also die übertragenen Daten nicht einfach von Dritten mitgelesen werden können. Sie

erkennen derart transportverschlüsselte Verbindungen an dem Protokoll-Präfix „https://“ im URL in der Adresszeile und typischerweise an einem Schloss Symbol in der Adressleiste Ihres Browsers. Unverschlüsselte Verbindungen sind durch „http://“ gekennzeichnet. Das LVU-System bietet grundsätzlich keine unverschlüsselten (http) Zugriffsmöglichkeiten an.

Weiterhin nutzt das LVU-System das HSTS-Verfahren (HTTP Strict Transport Security), d.h. Ihr Browser wird nach dem ersten erfolgreichen HTTPS-Zugriff informiert, dass er zukünftig grundsätzlich keine unverschlüsselten Verbindungen mehr verwenden soll, selbst wenn eine Seite nur per „http://“-Präfix angefordert wird. Jeder aktuelle Browser wird dann automatisch immer „http://vu.fernuni-hagen.de“ als „https://vu.fernuni-hagen.de“ interpretieren.

Logging

Das LVU-System führt serverseitig ein Log, in dem jeder Zugriff eines Webbrowsers via HTTP vermerkt wird. Das Log erfasst zu jedem Zugriff den Zeitpunkt, die IP-Adresse, die aufgerufene URL, und bei authentifizierungspflichtigen Funktionalitäten auch eine pseudonymisierte Kennung zur Person. Bei Zugriffen, deren Authentisierung fehlschlagen, erfolgt ein Vermerk in einer gesonderten Logdatei, die die bei diesem Zugriffsversuch angegebene Benutzerkennung nennt (jedoch nicht das Passwort). Hinzu kommen weitere technische Informationen, z.B. wie der HTTP-Response-Code lautet und wie schnell die Anfrage beantwortet werden konnte. Auch interne Vermerke zur Service-Abarbeitung (insb. zu bei der Abarbeitung aufgetretenen Fehlern) können gespeichert werden.

Diese Informationen dienen insbesondere zu folgenden Zwecken:

- Fehleranalyse und Problembhebung,
- Sicherstellung der Sicherheit unserer informationstechnischen Systeme,
- Benutzersupport (Second-Level-Support durch einen Übungssystem-Administrator),
- Klärung verschiedener Sachverhalte (z.B. Bestätigung eines unverschuldeten Fristversäumnisses aufgrund technischer Probleme auf Systemseite), Quelle für Statistiken.

Das Logfile wird jeweils über zwei Semester aufgezeichnet und im Laufe des nachfolgenden Semesters wieder gelöscht. Lediglich die Systemadministratoren haben Zugriff darauf.

Rechtsgrundlage für die vorübergehende Speicherung der Daten und der Logfiles ist Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO.

Die Erfassung der Daten zur Bereitstellung der Website und die Speicherung der Daten in Logfiles ist für den Betrieb der Internetseite zwingend erforderlich. Es besteht folglich seitens des Nutzers keine Widerspruchsmöglichkeit.

2. Verwendung von Cookies

Bei Cookies handelt es sich um Textdateien, die beim Aufruf einer Website im Internetbrowser bzw. vom Internetbrowser auf dem Computersystem des Nutzers gespeichert werden. Mit Hilfe von Cookies kann sich der Browser also vorübergehend „Daten merken“, während Sie zwischen einzelnen Seiten des Online-Übungssystems wechseln (z.B. einem Link folgen). Diese Daten stehen sowohl JavaScripten im Browser als auch dem serverseitigen System (Webserver) zur Verfügung.

Die Webanwendung des LVU-System verwendet aktuell keine Cookies. Allerdings ist es aufgrund der Möglichkeit, dort Inhalte durch Inhaltenanbieter (z.B. Lehrgebiete) zu publizieren, möglich, dass Kursinhalte als Webseiten mit JavaScript angeboten werden, welche eigene Cookies erstellen. Für diesen Fall gilt die nachfolgende Erklärung unter „Verantwortungsbereiche der Inhaltenanbieter“.

3. Webanalyse und Soziale Medien

Das LVU-System greift *nicht* auf Analysedienste zur Verfolgung Ihres Surfverhaltens zurück und bindet auch keine externe Werbung ein. Es werden auch *keine* „Social Media-Plugins“ eingebunden.

4. Weitergabe von Daten an Dritte

Die Weitergabe von personengebundenen Daten erfolgt im LVU-System ausschließlich im Rahmen der erforderlichen Arbeitsabläufe der Lehre und des Studiums. Zugriffsberechtigte sind grundsätzlich nur jene Personen, die aus dienstlichen Gründen Zugriff benötigen.

Aktuell werden im Rahmen der MiniCampus-Anmeldefunktion zur Beantragung einer Kinderbetreuung die dazugehörigen Antragsdaten (*Name und E-Mail-Adresse des Antragstellers bzw. der Antragstellerin, Name und E-Mail-Adresse des Erziehungsberechtigten bzw. der Erziehungsberechtigten, Namen und Geburtsdaten der zu betreuenden Kinder, Straße, Postleitzahl und Wohnort, Festnetz- und Mobiltelefonnummer für Rückfragen sowie die gewünschten Betreuungszeiten, Angaben zu Allergien/ Medikamenten/Besonderheiten und ein Kennzeichen bzgl. Einer dienstlichen Notwendigkeit bei Anträgen durch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der FernUniversität*) im LVU-System selbst nur abgefragt, aber nicht gespeichert. Stattdessen legt das LVU-System pro Antrag einen Vorgang im Ticketsystem der FernUniversität an, welches die Antragsdaten zur weiteren Bearbeitung durch den zuständigen Arbeitsbereich speichert. Diese Vorgänge werden gelöscht, sobald die gesetzlich vorgeschriebenen Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind.

Mit dem Absenden der Antragsdaten an das Ticketsystem erfolgt die Weitergabe dieser Daten an die Caritas Hagen e.V., welche die Kinderbetreuung im Auftrag der FernUniversität durchführt. Diese Daten sind neben der Planung und Durchführung für Rücksprachen mit den Antragstellern sowie für Abrechnungs- und steuerliche Zwecke erforderlich und werden vom Dienstleister entsprechend der gesetzlichen Vorschriften aufbewahrt und gehandhabt.

Die Übermittlung dieser Daten erfolgt per S/MIME verschlüsselter E-Mail an eine einzelne fest definierte Kontaktadresse der Caritas Hagen e.V.

5. Primäre Datenverarbeitung

Im Rahmen der Funktionalitäten des LVU-Systems werden folgende Daten als Anwendungsdaten verwaltet:

- (1) *Benutzerkennung, Matrikelnummer, Geschlecht und Name samt Titel*
Diese sind für den korrekten Ablauf diverser Dienste des LVU-Systems erforderlich.
Passworte werden im LVU-System bei Anwenderinnen- und Anwenderzugängen nicht verwaltet. Die Authentisierung erfolgt via LDAP bei einer zentralen Benutzerverwaltung.
Geschlecht und Name werden für die korrekte Anrede auf den Webseiten verwendet. Die Benutzerkennung dient in einigen Funktionen der eindeutigen Zuordnung von personalisierten Diensten.
- (2) *Exmatrikulationsdatum*
Dieses wird ausschließlich zur Ausfilterung von Adressaten in der Kurskommunikationsfunktion verwendet, um bereits exmatrikulierte Studierende nicht mit für sie nicht mehr relevanten Mitteilungen zu behelligen.
- (3) *Letztes erfolgreiches Login*
Es wird Datum und Uhrzeit gespeichert. Diese Informationen wird für das ZMI-Helpdesk, insbesondere den First-Level-Support, verwaltet, um Zusammenhänge bei Zugriffsproblemen besser prüfen zu können.
- (4) *Fehlgeschlagene Login-Versuche*
Soweit bei einem Login-Versuch ein falsches Passwort angegeben wurde, wird jeder Login-Versuch mit Datum und Uhrzeit sowie IP-Adresse des Aufrufers gespeichert. Dies dient vornehmlich dem ZMI-Helpdesk, insbesondere dem First-Level-Support bei Anfragen von Personen, die Probleme mit dem Login haben.
- (5) *Kurszuordnung*
Die Zuordnung von Personen zu verschiedenen Rollen, z.B. die Administrationsrolle oder die Studierendenrolle für bestimmte Kurse.
- (6) *Anmeldungen zu Zusatzveranstaltungen*
Die Zuordnung von Personen als Angemeldete zu verschiedenen Zusatzveranstaltungen wird samt dem Anmeldezeitpunkt vermerkt.
- (7) *Aktivierung von Lizenzen*
Die Zuordnung von Personen zu Lizenznummern aus einem Pool von Lizenznummern im Rahmen der Lizenzenverwaltung für SPSS, AMOS und Maple. Neben dem Aktivierungszeitpunkt wird auch der Zeitpunkt des Downloads der Lizenznummer oder der Installationsdatei vermerkt. Diese Information wird auch vom ZMI-Helpdesk zur Klärung von Problemmeldungen verwendet.

6. Verantwortungsbereiche der Inhalteanbieter

Das LVU-System ist eine Publikationsplattform für Kursinhalte, die von den zuständigen Inhaltsanbietern (z.B. Lehrgebieten und Institute) oder beauftragten

Arbeitsbereichen vorbereitet und angeboten werden. Die Gestaltung der Kursinhalte ist sehr frei und kann unter anderem auch Inhalte enthalten, die über den hier beschriebenen Datenschutzrahmen des LVU-Systems hinausgehen. In den Kursinhalten können Inhalte enthalten sein, die auf den Browsern der Anwender oder als eigenständige Programme auf den Rechner der Anwender installiert und ausgeführt werden können.

Der Inhalteanbieter ist in diesem Fall für den Datenschutz selbst verantwortlich.

V. Rechte der betroffenen Person

1. Auskunftsrecht – Art 15 DSGVO

Sie können von der FernUniversität eine Bestätigung darüber verlangen, ob personenbezogene Daten, die Sie betreffen, von uns verarbeitet werden.

Liegt eine solche Verarbeitung vor, können Sie über folgende Informationen Auskunft verlangen:

- (1) die Zwecke, zu denen die personenbezogenen Daten verarbeitet werden;
 - (2) die Kategorien von personenbezogenen Daten, welche verarbeitet werden;
 - (3) die Empfänger bzw. die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden oder noch offengelegt werden;
 - (4) die geplante Dauer der Speicherung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten oder, falls konkrete Angaben hierzu nicht möglich sind, Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer;
 - (5) das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, eines Rechts auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung;
 - (6) das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde;
 - (7) alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden;
 - (8) das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO und – zumindest in diesen Fällen – aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person.
- Ihnen steht das Recht zu, Auskunft darüber zu verlangen, ob die Sie betreffenden personenbezogenen Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt werden. In diesem Zusammenhang können Sie verlangen, über die geeigneten Garantien gem. Art. 46 DSGVO im Zusammenhang mit der Übermittlung unterrichtet zu werden.

2. Recht auf Berichtigung – Art 16 DSGVO

Sie haben ein Recht auf Berichtigung und/oder Vervollständigung gegenüber der FernUniversität, sofern die verarbeiteten personenbezogenen Daten, die Sie betreffen,

unrichtig oder unvollständig sind. Die FernUniversität hat die Berichtigung unverzüglich vorzunehmen.

3. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung– Art 18 DSGVO

Unter den folgenden Voraussetzungen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen:

- (1) wenn Sie die Richtigkeit der Sie betreffenden personenbezogenen für eine Dauer bestreiten, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen;
- (2) die Verarbeitung unrechtmäßig ist und Sie die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangen;
- (3) der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, oder
- (4) wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt haben und noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber Ihren Gründen überwiegen.

Wurde die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten eingeschränkt, dürfen diese Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

Wurde die Einschränkung der Verarbeitung nach den o.g. Voraussetzungen eingeschränkt, werden Sie von dem Verantwortlichen unterrichtet, bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

Beschränkung des Rechts bei Datenverarbeitung zu wissenschaftlichen, historischen oder statistischen Forschungszwecken:

Ihr o.g. Recht kann insoweit beschränkt werden, als es voraussichtlich die Verwirklichung der Forschungs- oder Statistikzwecke unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt und die Beschränkung für die Erfüllung der Forschungs- oder Statistikzwecke notwendig ist.

4. Recht auf Löschung – Art 17 DSGVO

Unter den folgenden Voraussetzungen können Sie die Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen:

- (1) Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
- (2) Sie widerrufen Ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.
- (3) Sie legen gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder Sie legen gem. Art. 21 Abs. 2 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein.

- (4) Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
- (5) Die Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.
- (6) Die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Art. 8 Abs. 1 DSGVO erhoben.

Ausnahmen:

Das Recht auf Löschung besteht nicht, soweit die Verarbeitung erforderlich ist

- (1) zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information;
- (2) zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde;
- (3) aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. h und i sowie Art. 9 Abs. 3 DSGVO;
- (4) für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gem. Art. 89 Abs. 1 DSGVO, soweit das unter Abschnitt a) genannte Recht voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder
- (5) zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

5. Recht auf Unterrichtung – Art 19 DSGVO

Haben Sie das Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung gegenüber dem Verantwortlichen geltend gemacht, ist dieser verpflichtet, allen Empfängern, denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden, diese Berichtigung oder Löschung der Daten oder Einschränkung der Verarbeitung mitzuteilen, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden.

Ihnen steht gegenüber dem Verantwortlichen das Recht zu, über diese Empfänger unterrichtet zu werden.

6. Recht auf Widerruf der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung – Art 7 Abs. 3 DSGVO

Sie haben das Recht, Ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Den Widerruf richten Sie bitte formlos an die Daten führende Stelle, der gegenüber Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben, z.B. an ein Lehrgebiet für Daten im Rahmen eines Forschungsprojektes.

7. Widerspruchsrecht – Art 21 DSGVO

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling.

Der Verantwortliche verarbeitet die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Werden die Sie betreffenden personenbezogenen Daten verarbeitet, um Direktwerbung zu betreiben, haben Sie das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten zum Zwecke derartiger Werbung einzulegen; dies gilt auch für das Profiling, soweit es mit solcher Direktwerbung in Verbindung steht. Widersprechen Sie der Verarbeitung für Zwecke der Direktwerbung, so werden die Sie betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeitet.

Sie haben die Möglichkeit, im Zusammenhang mit der Nutzung von Diensten der Informationsgesellschaft – ungeachtet der Richtlinie 2002/58/EG – Ihr Widerspruchsrecht mittels automatisierter Verfahren auszuüben, bei denen technische Spezifikationen verwendet werden.

Beschränkung des Rechts bei Datenverarbeitung zu wissenschaftlichen, historischen oder statistischen Forschungszwecken:

Sie haben auch das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, bei der Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken oder zu statistischen Zwecken gem. Art. 89 Abs. 1 DSGVO erfolgt, dieser zu widersprechen.

Ihr Widerspruchsrecht kann insoweit beschränkt werden, als es voraussichtlich die Verwirklichung der Forschungs- oder Statistikzwecke unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt und die Beschränkung für die Erfüllung der Forschungs- oder Statistikzwecke notwendig ist.

8. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde – Art 77 DSGVO

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht Ihnen das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

Die Aufsichtsbehörde, bei der die Beschwerde eingereicht wurde, unterrichtet den Beschwerdeführer über den Stand und die Ergebnisse der Beschwerde einschließlich der Möglichkeit eines gerichtlichen Rechtsbehelfs nach Art. 78 DSGVO.

Die Aufsichtsbehörde der FernUniversität in Hagen ist die/der Landesdatenschutzbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen.

<https://www.ldi.nrw.de/>

https://www.ldi.nrw.de/metanavi_Kontakt/index.php